

## **Antrag**

**des Abg. Jochen Haußmann u. a. FDP/DVP**

### **Suchtberatung und Suchtprävention in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Menschen, gruppiert nach Alter und Geschlecht, derzeit in Baden-Württemberg von Suchterkrankungen betroffen sind;
2. wie sie den Bedarf sowie die Erreichungsquote von an Sucht betroffenen Menschen durch die Suchtberatungsstellen in Baden-Württemberg einschätzt;
3. ob und für wann ein aktueller Landessuchtbericht geplant ist, da der letzte Landessuchtbericht aus dem Jahre 1999 keine Grundlage mehr für Entwicklungsentscheidungen bietet;
4. wie sie die aktuelle finanzielle Lage der Suchtberatungsstellen in Baden-Württemberg bewertet;
5. welche langfristigen Strategien sie verfolgt, um den steigenden Bedarf an Suchtberatung und -hilfe zu bewältigen;
6. wie sie dabei die Aufgaben der Suchtberatungsstellen sieht, auch im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung in den kommenden Jahren;
7. welche finanziellen Mittel die Landesregierung für die Durchführung einer flächendeckenden, verstärkten Suchtprävention für Kinder und Jugendliche zur Verfügung stellt;
8. inwiefern sie plant, die Präventionsstandards zu verbessern und Maßnahmen in die Lebenswelt junger Menschen zu integrieren;
9. welche Maßnahmen sie ergreift, um dem illegalen Glücksspiel (terrestrisch und digital) entgegenzuwirken und wie sie die Prävention von Glücksspielsucht stärken will – dazu zählen auch die zunehmenden Suchtrisiken durch digitale Sportwetten;
10. inwieweit bisher Maßnahmen und Programme gemäß der Empfehlung der Landesstelle für Suchtfragen (LSS) zur Cannabisprävention vom Oktober 2022 umgesetzt werden;
11. welche konkreten Maßnahmen sie seit dem Treffen des Runden Tisches Fetale Alkoholspektrumsstörungen (FASD) im Jahr 2022 ergriffen hat, um den Empfehlungen des Strategiepapiers FASD gerecht zu werden – insbesondere im Hinblick auf die bisherigen Aktivitäten und Fortschritte in den Bereichen Prävention, Diagnostik, Versorgung und Aufklärung;
12. inwiefern Lehrinhalte zu FASD in die Ausbildungscurricula aller relevanten Berufsbereiche integriert wurden, insbesondere in pädagogischen und medizinischen Ausbildungsgängen;
13. welche Maßnahmen ergriffen wurden, um gefährdete Zielgruppen wie alkoholkonsumierende Mädchen und Frauen passgenau zu erreichen und über die Risiken von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft aufzuklären;

14. welche konkreten Maßnahmen sie plant, um die Nutzung der digitalen Beratungsplattform „Di-giSucht“ in Baden-Württemberg zu erhöhen und das Bewusstsein für die Verfügbarkeit solcher digitalen Suchtberatungsdienste in der Öffentlichkeit und anderen Sozialbereichen zu fördern;
15. welche konkreten Schritte unternommen werden, um sicherzustellen, dass die bereitgestellten Fördermittel effektiv genutzt werden und die Ziele der verschiedenen Projekte im Bereich der digitalen Suchtprävention und -behandlung in Baden-Württemberg erreicht werden.

17.4.2024

Brauer, Bonath, Fischer, Haag, Haußmann, Heitlinger, Hoher, Dr. Jung, Dr. Kern, Reith, Weinmann  
FDP/DVP

### Begründung

Angesichts der Vielzahl von Herausforderungen, denen sich sowohl Betroffene als auch Präventions- und Versorgungseinrichtungen gegenübersehen, ist es wichtig, dass die Landesregierung einen umfassenden Überblick über die aktuelle Lage gibt.

Es ist insgesamt bedeutsam, in der Bekämpfung von Suchterkrankungen zielgruppengerechte Hilfsangebote weiterzuentwickeln, beispielsweise unter anderem bei Cannabisprävention und Fetaler Alkoholspektrumstörung (FASD). Die Empfehlungen und Forderungen der Landesstellen und Expertengremien im Bereich der Suchthilfe und Prävention geben hier Handlungsempfehlungen vor. Ebenso stellt sich die Frage der Finanzierung und wie die Landesmittel für die Suchtberatungsstellen am effektivsten eingesetzt werden können.

Der Antrag zielt darauf ab, die Landesregierung zu ersuchen, über die getroffenen Maßnahmen und die Wirksamkeit ihrer Strategien zu berichten. Es gilt, die Effektivität bestehender Präventionsprogramme zu evaluieren, potenzielle Defizite aufzudecken und Lösungsansätze für eine verbesserte Suchtprävention zu entwickeln.